Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westfür. 10. Fernspr. Nr. 1

Nr. 26 — Freitag, den 31. Januar 1919 — 47. Jahrgang

Westfalen u. Rheinland.

** **Kamen.** (Knappschaftliches.) Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Berginvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat Februar 1919 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag Februar	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen	Beginn der Auszahlung für Berginvaliden, Reichs- und Zulagrentner
Bergkamen .	Tiefensee	4	3 Uhr	3 1/2 Uhr
Kamen . .	Goertz	3	3 „	3 1/2 „
Kurl . . .	Lünenbürger	4	3 1/2 „	4 „
Lünern	Stolteuß	5	3 „	3 1/4 „
Massen . .	Kligge	8	3 „	3 1/2 „
Methler . .	Budde	3	2 „	2 1/2 „
Unna I . .	Goertz	5	3 1/2 „	4 „
Unna II	Piepenbring	6	3 1/2 „	4 „
Unna-Königsborn	Rehjus	7	3 „	3 1/2 „
Werne . . Bez. Münst.	Wwe. Tecklenborg	1	3 1/2 „	4 „
Werne I .	Fr. Kersten	1	3 „	3 1/2 „
Werne II .	Fr. Kersten	3	3 „	3 1/2 „
Brackel .	Meierling	10	4 „	4 1/2 „

Kamen, 31. Jan. (Verschiedenes.) Die angekündigte Verfügung über die Erhöhung der Fleischration ist jetzt ergangen. Danach wird vom 3. Februar ab die Höchstmenge an Fleisch und Fleischwaren wöchentlich bis auf weiteres 300 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen betragen. An Stelle von je 30 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen können entnommen werden 24 Gramm Schlachtviehfleisch ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Zunge, Speck, Rohfett oder 60 Gramm Wildbret, Frischwurst, Eingeweide, Fleischkonserven einschl. Dosengewicht.

(Dank für die Aufnahme der Truppen.) Das Kriegsministerium und Unterstaatssekretär Göhre veröffentlichen gemeinsam folgenden Erlaß: „Die vorzügliche Aufnahme, die die deutschen Truppen bei ihrem Rückmarsch aus dem Westen in die Heimat bei allen Teilen der Bevölkerung der durchzogenen Gebiete gefunden haben, ist von den Truppen wohltuend und dankbar empfunden worden. Das Kriegsministerium spricht für diese Aufnahme seinen wärmsten Dank aus."

(Aus der Eisenindustrie.) Aus Köln wird berichtet: Neuerdings sind die englischen und amerikanischen Angebote von Eisen und Stahl auf den neutralen Märkten zu Preisen gelegt worden, die weit unter den von deutscher Seite geforderten Preisen liegen. Allerdings werden dabei um so längere Lieferfristen gefordert. Demgegenüber hat die Deutsche Zentrale für Ausfuhrbewilligungen mit den Verbänden der Eisen- und Stahlindustrie auf dem Standpunkte gestanden, daß trotzdem an den höheren deutschen Preisen mit ihren Zuschlägen usw. festzuhalten ist, weil man mit den kürzeren Lieferfristen gleichwohl noch Geschäfte machen könnte, da die Engländer und Amerikaner zunächst durch die Deckung des Bedarfs ihrer eigenen Länder voll in Anspruch genommen seien und voraussichtlich auf geraume Zeit hinaus nicht würden liefern können. Diese Auffassung scheint man jetzt fallen gelassen zu haben und demgemäß den Stahlwerksverband und andere Vereinigungen ermächtigt zu haben, mit Holland und anderen Staaten in den Verkaufspreisen sich dem fremden Wettbewerb anzupassen, um auf diese Weise Geschäfte für den deutschen Eisenmarkt zu gewinnen.

(Es wird noch zuviel gerist.) Das Generalkommando in Münster gibt bekannt: Trotz der für den Reiseverkehr von Zivilpersonen geforderten Tringlichkeitsbescheinigung ist der Reiseverkehr noch nicht genügend eingeschränkt worden. Die große Abgabe der Lokomotiven und Wagen und die Notwendigkeit der Kohlen- und Lebensmittelversorgung fordern gebieterisch weitere Beschränkung. Als Nachweis für die Reisedringlichkeit sind, abgesehen von ganz besonders seltenen Ausnahmefällen, schriftliche Unterlagen erforderlich.

(Ermittelte Diebe.) Anfangs November v. Js. wurde bei dem Bergmann Hauke, Klosterstraße 4 ein Wohnungsdiebstahl verübt und Sachen im Werte von 700 Mark entwendet. Als Täter wurde jetzt der jugendliche Arbeiter Johann Meyer und als Anstifterin die Stiefmutter desselben, die Ehefrau Meyer, Klosterstraße 3 wohnhaft, ermittelt. Bei einer Haussuchung wurden dort einzelne Teile der s. Zt. gestohlenen Sachen vorgefunden und dem Eigentümer wieder zugestellt. Die Genannten sind noch in weitere Diebstahlsfälle verwickelt. So sind in der Nachbarschaft des Meyer Hühner gestohlen und nach Hamm geschafft worden. Auch der s. Zt. bei dem Wirt Liebig am Bahnhof verübte Diebstahl wird dem Meyer zur Last gelegt. Auf seiner früheren Arbeitsstelle, der hiesigen Gasanstalt, hat M. dem Gasmeister Bialieck eine Hose, ein Kaninchen usw. im Werte von 70 Mark gestohlen.

Unna, 31. Jan. Zu einer großen Demonstration gestaltete sich eine öffentliche Volksversammlung, die vor einigen Tagen hier stattfand. Anlaß zu derselben gaben Unregelmäßigkeiten in der städtischen Lebensmittelverwaltung. Wie ein Redner betonte, sollen 50 Zentner Zucker verschwunden und bei dem Beigeordne en Beckmann Lebensmittelvorräte gefunden sein, deren Menge es notwendig mache, daß derselbe von seinem Amte zurücktrete. Schließlich wurde auch über die Diensttätigkeit des Stadtsekretärs Kienast und mehrerer Schutzleute geklagt. Die Versammlung begab sich sodann in großem Zuge, an der Spitze Musik und eine rote Fahne zum Rathause. Da der Bürgermeister nicht anwesend war, erklärte der Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Eylardi, daß der Beigeordnete Beckmann bereits sein Amt niedergelegt habe. Der Zug ging sodann zu dessen Wohnung, von wo er in Begleitung Beckmanns und Kienasts zum Versammlungslokal zurückkehrte. Beckmann erklärte hier nochmals, sein Amt niederlegen zu wollen. Kienast äußerte sich über die fehlende Zuckermenge dahin, daß offenbar Zuckerkarten gefälscht worden seien, von seiner Seite sei kein Gramm Zucker verunreinigt worden. Es wurde darauf beschlossen, daß im Rathause die fragliche Angelegenheit gründlich untersucht werden solle und zwar von einem gewählten Komitee und dem Bürgermeister.

In einer am folgenden Abend stattgefundenen Volksversammlung wurde dann, dem Hellw. Anz. zufolge, folgende schriftliche Vereinbarung zur Kenntnis gebracht: In der Besprechung die zwischen den Vertretern des Arbeiterrats, Herrn Bürgermeister Dr. Wiesner und Herrn Stadtverordnetenvorsteher Eylardi stattfand, gab Herr Bürgermeister Dr. Wiesner auf die Forderungen, die am 27. Januar überreicht waren, folgende Erklärung ab: 1. Die Forderung 1, daß der Beigeordnete Beckmann sofort seines Amtes enthoben werden solle, ist durch dessen Amtsniederlegung erledigt. 2. Der Forderung 2, den Stadtsekretär Kienast wegen der fehlenden 50 Zentner Zucker zur Verantwortung zu ziehen, soll entsprochen werden. Die Angelegenheit soll durch den Bürgermeister und zwei Mitglieder des Arbeiterrats untersucht werden. 3. Der 3. Forderung, den Stadtsekretär Kienast mit Arbeiten zu beauftragen, bei denen er möglichst wenig mit dem Publikum zu verkehren habe, soll entsprochen werden. 4. sollen die Schutzleute Dröge, Mencke und Bäcker nicht wieder als Schutzleute, sondern im Innendienst verwandt werden. 5. soll durch den Bürgermeister und zwei Mitglieder des Arbeiterrats eine Untersuchung angestellt werden, wer dafür verantwortlich zu machen ist, daß Kartoffeln in den Mieten in Fäulnis übergegangen sind. Bei der Besprechung bestand schließlich noch Einverständnis darüber, daß sämtliche Beschwerden beim Arbeiter- und Soldatenrat anzubringen sind und angebracht werden sollen, und daß über diese Beschwerden in Sitzungen öffentlich verhandelt werden soll, die allwöchentlich unter Teilnahme sämtlicher Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats und Vertretern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung stattfinden.

Ueber die bei dem mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe ausgezeichneten Beigeordneten Beckmann gefundene und beschlagnahmte Warenmenge wird noch mitgeteilt, daß die Haussuchung 3 Zentner Korn, 100 Pfund Hafermehl, 16 Pfd. Haferflocken, 22 Dosen kondensierte Milch, ei en halben Zentner Erbsen und 2 große Töpfe mit Eiern, etwa 60 Gläser mit eingekochtem Fleisch, Blockwurst und acht ansehnliche Schinken zu Tage förderte. Außerdem erhielt Beckmann noch auf Grund eines ärztlichen Attestes, täglich vier Eier und 1 Liter Milch.

Soest, 30. Jan. (Ermordet.) Zwischen der Ortschaft Müllingsen und Auf dem Vogelsand ist auf der Kreisstraße der Gutsbesitzer Karl Schulze-Müllingsen ermordet aufgefunden worden. Die Angehörigen haben auf die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 10000 Mark gesetzt.

Paderborn, 30. Jan. (2 Wilderer erschossen.) Bei einem Zusammenstoß mit Wilderern wurde der Arbeiter Mäthe aus dem benachbarten Hiddingsell in den Freiherrl. v. Rombergschen Waldungen von Forstbeamten erschossen. Der Bruder des M. wurde schwer verletzt. Beide Wilderer hatten auf den Anruf der Beamten auf diese Schüsse abgegeben, jedoch ohne zu treffen.

Recklinghausen, 30. Jan. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Ziegeleiteiche an der Hubertusstraße ertrank die 14jährige Tochter des Kaufmanns Bauch, Schützenstraße. Drei andere Mädchen, die ebenfalls ins Wasser stürzten, konnten gerettet werden.

Brilon, 30. Jan. Drei herumtreibende Hamster im Alter von ungefähr 14 Jahren wurden laut „Sauerl. Ztg." gestern festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt. Bei der Vernehmung stellte es sich heraus, daß die jugendlichen Burschen mit noch mehreren anderen schon seit November vorigen Jahres sich vagabundierend und bettelnd in den Kreisen Soest, Lippstadt, Paderborn, Warburg, Höxter und Brilon herumgetrieben und hierbei ein ganz rentables Geschäft gemacht hatten. Durch ihre zerrissenen Kleidungsstücke und ihr klägliches Anhalten um ein Stück Brot, Fett oder Fleisch erweckten sie die Mildtätigkeit der Bevölkerung und hamsterten dabei nicht unerhebliche Mengen Lebensmittel zusammen. Die Spender dieser Waren glaubten selbstverständlich, daß die erhaltenen Lebensmittel für ihre Familienangehörigen verwenden würden. Das ist jedoch nicht der Fall gewesen. Diese Burschen trieben mit den erhaltenen Waren einen ganz schwunghaften Handel. Nicht etwa im kleinen, sondern im großen trieben diese Burschen, die zum Teil aus Radbod, Hamm und Langendreer stammen, einen schwunghaften Handel mit den gehamsterten Waren, da sie sogar nach Aussage des Vaters des einen Burschen, mit Namen Fischer, der seinen Sohn schon seit November polizeilich suchen läßt, einen Wagen mit zwei Pferden besitzen, auf dem sie ihre Waren des Nachts fortschaffen und verkaufen. Bei der Vernehmung haben die drei Burschen zugegeben, daß sie aus einer Kolonne von mehreren Mann bestehen, wovon einige zur Ablieferung der Waren unterwegs sind.

Essen, 30. Jan. Zu dem Wagenmangel im Ruhrkohlenbezirk gibt die Eisenbahndirektion Essen folgende Erklärung: In den letzten Wochen sind allein aus den Beständen des Direktionsbezirkes Essen 24000 bessere Wagen den feindlichen Mächten vorgeführt worden. Da die durchschnittliche Umlaufszeit der im Betrieb befindlichen Wagen etwa 4 Tage beansprucht, so bedeutet das zur Zeit einen täglichen Ausfall von rund 6000 Waggons. Ferner müssen aus den Beständen unseres Bezirkes täglich 1300 Waggons für die Entente ausgesondert und abgefahren werden. Da unsere Gegner die weitgehenden Forderungen in Beziehung auf die Beschaffenheit der Wagen stellen, so müssen, um die erforderlichen einwandsfreien Wagen auszusondern, täglich etwa 4 mal soviel Wagen dem Betrieb entzogen werden, als zur Uebergabe vorgesehen sind. Es müssen also im Bezirk Essen täglich 5200 Wagen dem Betrieb entzogen werden, um 1300 zur Uebergabe bereit zu stellen. Nach vorstehenden Ausführungen wird somit allein der Wagenverbrauch im Ruhrbezirk bis jetzt täglich um 5200 bis 11200 Wagen geschädigt. Das in letzter Zeit bei einer durchschnittlichen Wagenforderung für Kohlen und Koks von 15000 bis 21000 Wagen, etwa 9- bis 10000 rechtzeitig gestellt werden konnten, so würden, wenn die 11200 Wagen nicht fehlen würden, somit die jetzigen Anforderungen ohne jede Einschränkung erfüllt werden können. Außer dem Bezirk Essen werden auch die übrigen Eisenbahndirektionsbezirke in entsprechendem Maße mit der Abgabe von Wagen an die feindlichen Mächte seit Wochen in Anspruch genommen. Auch ist die Zuführung von leeren Waggons aus den besetzten Gebieten, aus denen sonst ein erheblicher Zulauf erfolgte, vom Feinde fast völlig unterbunden. Außerdem machen sich die Folgen, welche die Abgabe von 5000 Lokomotiven auf den Betrieb ausübt, von Tag zu Tag in gesteigertem Maße fühlbar. Die Entziehung einer so überaus großen Zahl von Lokomotiven, und zwar der besten, wirkt auf die gesamte Betriebsführung schwer behinderend. Wir sind deswegen auch zur Zeit vorläufig nicht in der Lage, die gleichmäßige Verteilung des vorhandenen, völlig unzureichenden Leermaterials auf den einzelnen Verbrauchsstellen durchzuführen. Der Mangel an Lokomotiven behindert die Leerwagenbewegung auf das empfindlichste und zwingt dazu, in vielen Fällen ohne Rücksicht auf die Notlage einzelner Anlagen das Leermaterial zur Verfügung zu stellen, wo es auftommt.

Essen, 31. Jan. Ueber eine unerhörte Verschleuderung von Heeresgut teilt der Rh.-W.-Anz. folgendes mit: Seit längerer Zeit lagern in Essen 37 Waggons mit Zigarren, Zigaretten und Spirituosen; ein anderer Teil lagert in Münster. Dieses auf dem Rückmarsch gerettete Heeresgut setzt sich aus folgenden Beständen zusammen: 330 Millionen Zigarren, 400 Mill. Zigaretten, 200000 Liter Branntwein; ferner aus großen Vorräten von Rauchtabak und französischen Rotweinen. Der Generalsoldatenrat in Münster bez. die dortige Intendantur erhebt Anspruch auf die in Essen lagernden 37 Waggons, um die Vorräte unter die noch jetzt vorhandenen Militärpersonen, wozu auch die Volkswehrmannschaften in den einzelnen Städten gerechnet werden, zu verteilen. Die Abgabe dieses Heeresgutes erfolgt angeblich gegen die Einstandskosten, ein Teil soll bereits verteilt worden sein. Am Montag hat ein Vertreter der Intendantur in Münster mit Mitgliedern des hiesigen ASR. über die Herausgabe der 37 Waggons verhandelt. Obschon man sich nicht ganz einig war, bestand der Intendanturvertreter auf die Herausgabe der hier lagernden Waren mit der Begründung, daß das Kriegsministerium angeordnet habe, Reste der sogenannten Marketenderwaren unter die Soldaten zu verteilen. Die Angelegenheit fand ein sehr bewegtes Nachspiel in der am Dienstag morgen tagenden Sitzung des ASR. an der bekanntlich die Vertreter der Stadt teilnahmen und die vom Oberbürgermeister geleitet wurde. Später wurde auch der anwesende Intendanturbeamte er zu den Verhandlungen hinzugezogen, um noch einmal die Begründung der Freigabe darlegen zu können. Diese Begründung stieß aber bei fast allen Teilnehmern der Sitzung auf schärfsten Widerstand, weil man sich einmütig auf den Standpunkt stellte, daß derartige Waren, die aus Mitteln der Allgemeinheit gekauft worden sind, dieser auch wieder zugeführt werden müssen. Da sich der Herr Intendanturbeamte jedoch nicht überzeugen ließ, wurde beschlossen, die Waggons in Essen solange festzuhalten, bis eine völlige Klärung der Angelegenheit erfolgt ist. Die Stadtverwaltung hat sich im Einverständnis mit dem hiesigen ASR. beschwerdeführend an die Volksbeauftragten in Berlin gewandt und eine Depesche abgesandt, die unter eingehender Schilderung der Vorgänge auf die Gefahr hinweist, daß bei Verteilung der Waren zu billigen Einstandspreisen große Mengen in den Kettenhandel geraten. — Hoffentlich ist der Staatsanwaltschaft und des ASR. ein Erfolg beschieden, ehe das Heeresgut gänzlich verschleudert ist. Und wie sieht es sonstwo aus?

Essen, 30. Jan. Militärische Urlaubsscheine gefälscht hatte ein Angeklagter, um darauf Brotkarten zu erlangen. Er war vom Landgericht Essen bestraft worden. Das Reichsgericht hat in dieser Angelegenheit kürzlich festgestellt, daß Urlaubsscheine allerdings Ausweispapiere im Sinne des § 363 des Strafgesetzbuches seien. Der Angeklagte habe sie aber nicht seines besseren Fortkommens wegen gefälscht, sondern um einen bestimmten öffentlich-rechtlichen Anspruch geltend zu machen. Er sei also nicht von der unbestimmten allgemeinen Absicht geleitet gewesen, sich günstige Aussicht für sein Fortkommen zu verschaffen. Das Reichsgericht hat deshalb die Bestrafung des Angeklagten auf Grund des § 336 des Strafgesetzbuches nicht für gerechtfertigt angesehen.

Barmen, 30. Jan. (Ein Geldschrank gestohlen.) In der Nacht zum Montag wurde aus einem unverschlossenen Zimmer des hiesigen Bezirkskommandos ein Geldschrank gestohlen, der neben einem Geldbetrag von 4000 Mark die Belege über Ausgaben von 1½ Millionen Mk. enthielt, die der hiesige A.- und S.-Rat und das Bezirkskommando gemacht haben. Am Montag abend wurde der Geldschrank, der gewaltsam aufgebrochen worden war, in einer abgelegenen Straße wiedergefunden. Der Inhalt war herausgenommen. Wer den Diebstahl ausgeführt hat, steht noch nicht fest, doch vermutet man, der „Rhein.-Westf. Ztg." zufolge, daß die Diebe es weniger auf den Geldbetrag, als auf die Dokumente abgesehen hatten, die zwei Tage später von einer übergeordneten Stelle geprüft werden sollten.

Aus aller Welt.

— **Nach dem Tode freigesprochen** wurde in Tilsit der wegen versuchten Kriegsverrats am 2. Oktober 1914 zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren verurteilte Johann Lingenau, der inzwischen in einer Strafanstalt zu Görlitz gestorben ist. Auf den Antrag seiner Witwe hat das Reichsmilitärgericht das Urteil vom 22. Oktober 1914 aufgehoben und den Verurteilten freigesprochen.

— **Ein „angenehmer" Fahrgast.** Ein baltischer Flüchtling schreibt: Ich sitze auf der Fahrt nach Berlin im Abteil 1. Klasse. Mir gegenüber ein verdächtig aussehender Mann, der einen Sack vor sich stehen hat. Ich frage mich, was der Sack wohl enthalten möge, und komme zu dem Schluß: Lebensmittel irgendwelcher Art, wahrscheinlich Kartoffeln. — Plötzlich hält der Zug, und der verdächtig aussehende Mann sagt mir: „Ich bitte Sie, mir den Gefallen zu tun, diesen Sack einen Augenblick zu bewachen." Ich werde durch die seltsame Erregung des Fremden mißtrauisch und frage aus Verlegenheit, indem ich ablehnen will: „Was enthält denn der Sack?" „Vier Millionen Rubel!" „Um Gottes willen! Nie und nimmer! Dazu hätte ich viel zuviel Angst!" „Angst?" erwiderte der Fremde und greift, während die Linke den Sack fest umklammert hält, mit der Rechten in das Netz nach oben: „Da haben Sie eine Handgranate! Damit brauchen Sie nur zu drohen, da kommt Ihnen keiner zu nahe!" Damit will er mir eine Handgranate überreichen, aber ich danke bestens, nehme mein Gepäck und stürme zur Tür hinaus, den Bolschewiki, der so etwas nicht mehr begreifen kann, verdutzt zurücklassend.

— **Der Schreck als Heilmittel.** Ein Zeitzer Kriegsteilnehmer hatte bei der Offensive der Franzosen im August 1915 eine Erschütterung der Schädeldecke erhalten und dabei das Gehör auf beiden Ohren verloren. In vergangener Woche war der junge Mann erneut behandelt worden, dabei hatte er Schwindelanfälle. Kürzlich fuhr er in Leipzig auf der elektrischen Straßenbahn und stürzte von einem Wagen. Er sah, daß ein Auto in allernächster Nähe direkt auf ihn zufuhr und bekam ein großes Angstgefühl. Mit einem Mal hörte er das Auto stark bremsen und dann auf dem Pflaster rutschen. Der Krieger hatte sein Gehör wiedererlangt.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.
P. bedeutet Krammarkt; V. = Viehmarkt; K. = Kram- und Viehmarkt; Pf. = Pferdemarkt; Schw. = Schweinemarkt; T. = Tag

Montag, 3. Febr.: Hagen Schlachtv.
Dienstag, 4. Febr.: Emsdetten Schw., Minden K. Rindv. Pf. Schw. Schafe Zieg., Klee- und Leinsamen, Recklinghausen V., Warburg V. aller Art, Brilon K. Schw.
Mittwoch, 5. Febr.: Dülmen V., Rheine V., Vreden K. V., Neheim Schw., Höxter und Korvey Rindv. Pf. Schw., Mehrhof Rindv. Schw., Dortmund Zucht- Faselv.
Donnerstag, 6. Febr.: Borken K. V., Bloths Rindv. Schw., Geseke K. V.
Sonnabend, 8. Febr.: Bödefeld Schw.

Keine Kolonien für Deutschland.

Ein holländisches Büro, das gewöhnlich gut unterrichtet ist, erfährt, daß die Pariser Friedenskonferenz eine Aufteilung der deutschen Kolonien beschlossen habe, nominell dem Völkerbund gehören sollen, während ihre Verwaltung dem nächstgelegenen Staate übertragen wird. In Wirklichkeit bedeutet das natürlich, daß uns sämtliche Kolonien geraubt werden sollen. Der Verteilungsplan sieht so aus:

1. Togo gehört zu Französisch-Westafrika. — 2. Kamerun zu Französisch-Kongo, ein kleiner Teil zu Liberia. — 3. Deutsch-Südwestafrika gehört zur südafrikanischen Konföderation, nur ein kleiner Teil soll davon zu Portugiesisch-Angora geschlagen werden. — 4. Deutsch-Ostafrika soll zu England kommen, aber ein schmaler Streifen wird für Belgisch-Kongo reklamiert. — 5. Kiautschou fällt an China zurück. — 6. Der Wilhelm- und Bismarck-Archipel fällt an Australien. — 7. Die Karolinen und die Südseeinseln werden sowohl von Japan als auch von Australien verlangt. — 8. Die Marschallinseln werden von Japan und die Salomoninseln von Australien reklamiert, Samoa kommt zu Neuseeland.

Der Pariser Mitarbeiter des „N. R. C." meldet seinem Blatte, daß die Frage der deutschen Kolonien vorläufig von der Tagesordnung der Konferenz abgesetzt sei. Die Verhandlungen sollen erst später wieder aufgenommen werden, da das Los der Kolonien noch lange nicht geregelt sei. Wilson hatte zähe an seiner Ansicht fest, daß die Staaten, die die Kolonien regieren, nichts weiter sein sollen, als Bevollmächtigte des Völkerbundes.

Am nächsten Sonntag soll in der Philharmonie in Berlin eine große Protestversammlung abgehalten werden, bei der Vertreter der Regierung, der Kolonialgesellschaft und anderer Schichten der Bevölkerung über die Pläne der Entente bezüglich der deutschen Kolonien sprechen werden.

*

Ein polnischer Verstoss gegen Westpreussen geplant.

(TU) Die letzten Nachrichten, die aus dem Osten an die Reichsregierung und das Kommando des Grenzschutzes Ost gelangt sind, lassen es unzweifelhaft erscheinen, daß die Polen einen starken Vorstoß gegen Westpreußen planen und diese Provinz schon in allernächster Zeit ebenso in ihre Gewalt bringen wollen, wie es ihnen in Posen leider gelungen ist. Das Vorgehen der Polen gegen Kulmsee ist nur als ein Vorzeichen einer großangelegten polnischen Aktion gegen Westpreußen anzusehen. Die Zustände in Westpreußen sind nach Ansicht der Regierung mit einem Pulverfaß zu vergleichen. Es fehlt nur der Funke, um es zur Explosion zu bringen. Die Polen betrachten die Bildung der Bürgerwehr in Westpreußen als eine gegen sie gerichtete Provokation und ihr Führer, der ehemalige Abgeordnete Korfanty, hat an die Reichsregierung gestern eine ausführliche und in außerordentlich scharfem Tone gehaltene Protestnote telegraphiert, in der er sich über die Bürgerwehr beklagt und behauptet, daß die Deutschen ihre Landsleute bewaffnen, während sie die Polen entwaffnen. Es werden demnächst Aufrufe erlassen werden, in denen gediente Soldaten zur freiwilligen Meldung für den Grenzschutz aufgefordert werden. Zur Sicherung des Ostens sind insgesamt etwa 300 000 Mann erforderlich.

Tagesereignisse.

— **(Die wirtschaftliche Katastrophe.)** In einem Bericht der Münchener Handelskammer an den Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilmachung heißt es, daß die wirtschaftliche Katastrophe immer mehr dem völligen Zusammenbruch zustrebt, wenn es nicht gelingt, die Kohlenfrage einer günstigen Lösung zuzuführen. Sogar den Unternehmungen der Lebensmittelindustrie gelingt es kaum mehr, die geringsten Kohlenmengen zu erhalten.

— **(Gegen die Verletzung des Waffenstillstandsvertrages.)** Nachdem der deutschen Waffenstillstandskommission bekannt geworden ist, daß die Hafenanlagen der Thyssenschen Stahlwerke in Straßburg von den französischen Verwaltungsbehörden unter Zwangsverwaltung gestellt worden sind, hat sie in Spaa gegen diese neue Verletzung des Waffenstillstandsvertrages Protest eingelegt. — Der südbadische Warenverkehr ist durch die französische Besetzung von Kehl stark gefährdet worden. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat Schritte unternommen, um die Benutzung des Kehler Kohlenhafens und den Warenaustausch zwischen Kehl und dem badischen Hinterlande auch fernerhin zu sichern.

— **(General v. Winterfeldt bleibt nicht.)** General v. Winterfeldt hat sich nicht bereit gefunden, seinen Austritt aus der Waffenstillstandskommission, den er als Protest gegen das Verhalten der Entente erklärt hatte, zurückzunehmen.

— **(In Kehl eingerückt.)** Nachdem bereits Mittwoch abend Bahnhof und Postamt Kehl (Rhein) durch französische Wachtposten besetzt waren, ist gestern das Gros der französischen Besatzungstruppen um 8 Uhr vormittags in Kehl eingerückt und hat die Umgebung von Kehl entsprechend der in der Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages festgesetzten Linie besetzt. Eisenbahn, Post u. Fernsprecherkehr ruhen.

— **(Das linke Rheinufer.)** Das Berner Tageblatt schreibt: Hinter den Kulissen der Pariser Konferenz geht manches vor sich. So verlautet, daß England und Amerika der Besetzung des linken Rheinufers durch Frankreich ablehnend gegenüberstehen, soweit es sich nicht um Elsaß-Lothringen handelt. Beide Staaten erkennen an, daß das linke Rheinufer ganz deutsch ist und daß es gegen die einfachste Anwendung der Friedensprinzipien, welche unter allgemeiner Zustimmung angenommen wurden, verstoßen müßte, wenn diese Gebiete einfach wie im Mittelalter durch einige Diplomaten verschachert würden.

Auch die italienischen Ansprüche auf Dalmatien und Deutsch-Tirol sollen kräftigen Widerstand bei Wilson und England ausgelöst haben. Orlando soll von einem Gespräch mit Wilson sehr niedergeschlagen herausgekommen sein. Wilson wird schwerlich geneigt sein, durch schwächliches Nachgeben seine Stellung als ehrlicher Politiker zu gefährden.

— **(Forderung der Verhaftung hoher Marineoffiziere.)** Der 25er-Ausschuß des Reichsmarineamts verlangt von der Volksregierung die sofortige Verhaftung des kommandierenden Admirals des Marinekorps, v. Schröder, des Geh. Marine-Obergerichtsrats Küster und des Korvettenkapitäns Wegener. Er beschuldigt die genannten Offiziere, eigenmächtig, übereilt, und, trotzdem Admiral v. Schröder im Großen Hauptquartier von dem Amnestieerlaß über politische Verbrechen Kenntnis haben mußte, die Erschießung zweier Matrosen dringend befohlen und mit allen Mitteln herbeigeführt zu haben.

— **(Gespannte Lage in Ostpreußen.)** Wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wird, ist in Königsberg ein Streik der Militärbeamten ausgebrochen. Augenscheinlich ist hierdurch die Lage in Königsberg eine äußerst gespannte geworden. So schwirren die wildesten Gerüchte durch die Stadt. Anscheinend glaubt man an einen demnächst bevorstehenden Putsch der Spartakisten, die, wie es heißt, sich angeblich Königsbergs nach Berliner Muster bemächtigen wollen. Genaueres läßt sich im Augenblick über die dortige Lage nicht mitteilen. Alle über die dortigen Vorgänge umlaufenden Gerüchte sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Wie die Telegraphen-Union weiter erfährt, soll eine amtliche Darstellung über die Lage in Königsberg erfolgen. — Nach vorliegenden Meldungen beabsichtigen die Polen, in Ostpreußen Rekrutierungsbureaus für die polnische Armee zu errichten und mit der Zwangseinstellung deutscher Bewohner in das polnische Heer vorzugehen.

— **(Zu polnische Raffgier.)** Angesichts unserer drückenden Lebensmittelnot müssen wir sehen, so schreibt der „Vorwärts", daß polnische Raffgier uns selbst das Wenige noch nimmt, das für die Ernährung des Volkes notwendig ist. Sie haben uns aus den von ihnen besetzten östlichen Gebieten die Zufuhr der starken Ueberschüsse, namentlich an Kartoffeln und Getreide, so gut wie abgeschnitten. In Oberschlesien bedrohen sie die für die deutsche Industrie wichtigen Kohlenvorräte. Jetzt werden auch die Vorräte der Zuckerfabriken im Osten von den Polen ergriffen und verschleppt.

— **Ueber die Lebensmittellage in Deutschland** hielt laut „Sozialdemokraten" der bekannte Arzt Prof. Johannsen in der schwedischen Aerztegesellschaft einen eingehenden Vortrag auf Grund eines umfangreichen statistischen Materials. Nahezu 800 000 Todesfälle in den letzten Jahren seien auf Unterernährung zurückzuführen; auch seien die 1800 Kalorien, die jetzt ein Individuum erhalte, durchaus ungenügend, dabei sei es sogar sehr fraglich, ob diese Ration aufrechterhalten werden könne, da die Absperrung jetzt noch strenger als während des Krieges sei. Träte in Deutschland nicht bald eine Aenderung ein, würde eine völlige Hungersnot ausbrechen.

— **(Warum bekommen wir keine Seefische?)** Der Reichskommissar für die Fischversorgung hat einem Mitarbeiter der Voss. Zeitung auseinandergesetzt, weshalb unsre Versorgung mit Seefischen trotz reichlicher Bestände so jammervoll bleibt. Die Gründe sind folgende: Man hat eine Reihe von Fahrzeugen, die früher in Dienst der Marine standen, für die Hochseefischerei freigemacht. Aber anstatt mit den Dampfern zu fischen, ist ein Teil der Matrosen auf den Fahrzeugen und macht Sozialisierungsexperimente. Die Fortschaffung der Minen, die eine Vorbedingung der Hochseefischerei ist, ist deshalb unmöglich, weil die Lohnforderungen der Besatzung der Minenfahrzeuge bis zu 100 Mk. für Mann und Tag gestiegen sind, abgesehen von der Lebensversicherung. Wenn sich nun auch an der Küste die Fischerei etwas gehoben hat, so legt man sich über die Ablieferungspflicht kaltblütig hinweg. Die A.-S.-R. machen mit den Fischen, was ihnen beliebt. Auch ein Teil der Besatzung unsrer Fischdampfer stellt unsinnige Lohnforderungen. Das Durchschnittsgehalt eines Mannes der Besatzung, die am Beutegewinn beteiligt ist, berechnet sich nach diesen Forderungen im Monat auf 1200 Mk., wozu noch freie Beköstigung und Wohnung kommt. Eine Sozialisierung der Hochseefischerei wäre wirtschaftlich undurchführbar. Einmal kommt alles auf die individuelle Tätigkeit an, zum andern fehlen in der Hochseefischerei die großen Unternehmungen.

— **In die Landesversammlung** ist eine Reihe bekannter Persönlichkeiten gewählt, von denen wir nachstehende Liste veröffentlichen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Staatsminister Paul Hirsch, Parteisekretär Otto Hue Essen, Stadtrat Wilhelm Bock-Kiel, Verbandsbeamter Brey-Hannover; Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands: Adolf Hoffmann, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohen; Deutsche demokratische Partei: Landgerichtsdirektor Kanzow-Berlin, Oberpostsekretär Schmidt-Danzig, Geheimer Justizrat Nassel Berlin, Staatsminister Dr. Friedberg-Charlottenburg, Oberbürgermeister Domnick-Schöneberg, Rektor Julius Kopsch Berlin, Dr. Strupe-Kiel, Legationsrat Hartmann v. Richthofen-Berlin; Deutsche Volkspartei: Staatssekretär Dr. v. Krause Professor Dr. Ludwig-Wilmersdorf, Amtsgerichtsrat Dr. Wilhelm Boeck-Heide-Holstein; Christliche Volkspartei: Geh. Justizrat Dr. Porsch-Breslau, Rechtsanwalt Gutsbesitzer Georg v. Dannenberg (Welfe), Generalsekretär Stegerwald-Köln, Arbeitersekretär Gronowski Dortmund, Geheimer Justizrat Marx Düsseldorf, Geheimer Justizrat Am Zehnhof-Düsseldorf; Deutschnationale Volkspartei: Graf Kanitz-Potangen, Staatsminister Oskar Hergt-Wernigerode, Schriftsteller Werner-Schöneberg. An Frauen werden im preußischen Parlament vertreten sein: Sozialdemokratische Partei 10, Unabhängige sozialdemokratische Partei 2, Deutsche demokratische Partei 2, Deutsche Volkspartei 2, Christliche Volkspartei 4.

— **(Ausstandsbewegung der schwedischen Eisenbahner.)** Auf den wichtigsten Bahnen Stockholms begann der Ausstand der Eisenbahner, weil eine Einigung über die sehr hohen Lohnforderungen wegen Unrentabilität abgelehnt wurde. Der Ausstand hat neben wirtschaftlichen Gründen auch Bedeutung, als eine starke politische Spannung mit bolschewistischem Einschlag unter den schwedischen Arbeitnehmern herrscht.

— **(Der Streik in England.)** Wie der „Neue Rotterdamsche Courant" aus London meldet, hat die Regierung an ihrer Absicht, sich in die Streiks am Clyde, in Belfast und in London nicht einzumischen, fest. Es handelt sich durchaus um Ausstände, die von den Leitungen der Gewerkschaften nicht anerkannt werden. Die Lage in Belfast hat sich inzwischen sehr verschlimmert. Das ganze Leben der Stadt ist lahm gelegt. Es ist zu Gewalttätigkeiten gekommen, zahlreiche Läden wurden geplündert.

Kleine Nachrichten.

21 amerikanische Offiziere haben am 29. 1. Köln verlassen, um in Berlin die politische Lage zu studieren. Sie reisen im Auftrage der interalliierten Waffenstillstandskommission und werden im Hotel Esplanade absteigen.

In Posen sind von den Polen neuerdings hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgesetzt worden, darunter der Oberbürgermeister Kantzler. Die Verhaftungen wurden als Vergeltungsmaßregeln gegen die Festnahme des als Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Justizrates Ozapla in Beuthen bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon vorgestern die Festsetzung des Landeshauptmanns Hoyningen in Posen vorgenommen.

Am 29. Januar wurden Grüntal, Wunschheim, Grotschin und Samotschin von unseren Truppen genommen, zwei Maschinengewehre, Gewehre und Munition wurden eingebracht.

Die Truppen des Grenzschutzabschnittes Bromberg haben nach einer Meldung aus Graudenz in den Kämpfen gegen die Polen am 23. 1. 7 Tote, 24 Verwundete und 159 Vermißte verloren.

In Wien ist nach dem Lokalanzeiger der zweite englische Lebensmittelzug mit 28 Waggons eingetroffen.

Die belgische Regierung hat die Absicht, die Stadt Ypern in dem jetzigen verwüsteten Zustande zu belassen und in der Nähe der Ruinen eine neue Stadt aufzubauen.

Central News melden, daß das amerikanische Schiffahrtsamt eine Herabsetzung der Frachtraten zwischen Amerika und Europa um 60 Prozent angeordnet hat.

Den Blättern zufolge glaubt man in Amerika, daß der Plan, auf den Prinzeninseln eine Konferenz abzuhalten, vollständig mißglücken wird. Man ist wegen der Lage in Rußland sehr besorgt, namentlich wegen der Niederlage der alliierten Truppen südlich von Archangelsk. Wie die Newyork World aus Paris meldet, beabsichtigen die Alliierten schärfere Maßregeln gegen Rußland.

Echo de Paris meldet aus Stockholm, daß Trotzki in einem Telegramm an die Truppen erklärt, daß das Anerbieten der Alliierten auf den Prinzeninseln zu einer Konferenz zusammenzukommen ein Zeichen der Schwäche sei. Er fordert die Truppen auf, zur Niederwerfung der Weltbourgeoisie ihre Anstrengungen zu verdoppeln.

Aus aller Welt.

— **Ueber den Angriff auf den Transport abfahrender Grenzschutztruppen** am Bahnhof Lichterfelde erhält der Berliner Lokalanzeiger von der freiwilligen Landeswehr noch folgenden ergänzenden Bericht. Ein etwa 300 Mann starker Trupp der Freiwilligenabteilung Haupt hatte sich in Hannover, aufgesetzt durch den Kompanieführer Leutnant Tornau, vom Truppenteil entfernt, weil die Kompanie einen neuen Führer, einen Hauptmann bekommen sollte. Leutnant Tornau sammelte einen Teil seiner Leute zu einem selbständigen Verband, um sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die wiedergolte Aufforderung, sich einem größeren Freiwilligenverband anzuschließen, verweigerte er. Der Leutnant Tornau, der sich am 28. d. M. selbst zum Oberleutnant und einen Fähnrich seiner Kompanie zum Leutnant befördert hatte, sammelte sich mit seinen Leuten in einem Restaurant am Bahnhof Lichterfelde-Ost. Bei Reibereien, zu denen es kam, fielen einige Schüsse. Ein Unteroffizier und ein Mann von der Abteilung Haupt wurden schwer verwundet und starben bei der Einlieferung ins Lazarett. Die 12. Kompanie Landeswehr, die in der Kadettenanstalt liegt, erhielt Befehl, nach dem Bahnhof Lichterfelde-Ost abzurücken. Leutnant Bochinski, der Führer der Kompanie, bekam Befehl von der Regierung, sämtliche Leute der Abteilung des Leutnants Tornau sofort zu entwaffnen. Er stellte dem Führer der Abteilung ein Ultimatum, binnen 10 Minuten die Waffen abzuliefern, andernfalls das Gebäude beschossen werde. Während der Verhandlungen, die Oberjäger Müller von der Gardeschützendivision führte, wurde das Haus von der 12. Kompanie umstellt und die Leute durch Ueberrumpelung entwaffnet. Die 180 Mann wurden dann auf Befehl der Regierung in das Realgymnasium Lichterfelde überführt. Ein Feldwebel der Kompanie Tornau ist mit einem größeren Geldbetrage entkommen.

— **Für 150 000 Mk. Platin gestohlen.** In der chemischen Fabrik von Merck wurden in der vergangenen Nacht für 150 000—160 000 Mark Platin gestohlen.

Arme Liane.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

69. Fortsetzung.

„Allerdings — ich würde unbedingt die Wahrheit vorziehen."

Frau Doktor Bartels nickte salbungsvoll. „Das wollte ich nur von Ihnen hören, Frau Baronin. Ich hatte beschlossen, mir als Richtlinie dienen zu lassen, was Sie mir auf diese Frage antworten würden. Ich werde also der betrogenen Frau die Wahrheit enthüllen. Dann kann sie die geeigneten Schritte tun, ihren Gatten von dieser Person zu lösen, und ich bin nicht gezwungen, den Namen der Familie preiszugeben."

Die Baronin überlegte. Dann nickte sie. „So wird es das Beste sein, Frau Doktor. Ein öffentlicher Skandal muß aus Rücksicht auf die Familie vermieden werden. Fassen Sie ihren Bericht an die Aermste aber so schonend als möglich ab. Und im übrigen — Frau von Brinken muß ich auf alle Fälle aufklären, wen sie sich ins Haus genommen hat. Ich werde gleich morgen nachmittag hinüberfahren. Man muß verhindern, daß Fräulein von Brinken länger in Gesellschaft dieser Persönlichkeit bleibt. Auch Komteß Rastenau, die in ihrer Unschuld so freundlich mit diesem Fräulein Reinold verkehrt, darf nicht mehr mit ihr zusammentreffen."

Mit einer seltsamen Miene nickte Frau Doktor Bartels.

„Ganz recht — Komteß Rastenau darf nicht wieder in die Nähe dieser Person."

Die Baronin schüttelte bekümmert den Kopf. „Daß man sich in einem Menschen so sehr täuschen kann! Dieses Fräulein Reinold machte mir einen so guten Eindruck. Also wir müssen jedenfalls handeln, Frau Doktor. Sie begleiten mich morgen nach Brinkenhof, damit Sie eventuell Frau von Brinken selbst alles bestätigen können. Möglicherweise wird Sie Frau von Brinken Fräulein Reinold gegenüberstellen wollen. Würden Sie das auf sich nehmen?"

Es klang noch ein letzter, leiser Zweifel aus den Worten der Baronin. Liane hatte ihr in ihrer feinen, stillen Art so gar nicht den Eindruck einer Verlorenen gemacht. Nur ihr Verhalten gegen Frau Doktor Bartels war beleidigend und auffallend gewesen.

„Selbstverständlich nehme ich das auf mich, Frau Baronin. Ich habe schon vorhin, als die Herrschaften aufbrachen, eine Gelegenheit benutzt, Fräulein Reinold meine Entrüstung über ihr Hiersein ins Gesicht zu sagen. Natürlich mag sie nicht wenig erschrocken gewesen sein, als ich auftauchte. Sie war ja vor Schrecken ganz fassungslos. Sicher ahnt sie schon, was ihr bevorsteht. Sie haben ja selbst bemerkt, Frau Baronin, wie auffallend sie vor mir zurückwich."

„Allerdings, das habe ich so gut bemerkt wie die anderen Herrschaften. Ich glaubte aber, ihr Benehmen sei eine Beleidigung für Sie. Mir ist, offen gestanden, diese ganze Angelegenheit höchst peinlich, aber keinesfalls darf ich Brinkens in Unwissenheit belassen, über das alles. Also morgen nachmittag fahren wir nach Brinkenhof."

„Wie Sie wünschen, Frau Baronin; ich halte es auch für das Beste."

„Unbedingt ist es das Richtige. Und — was ich sagen wollte — in Gegenwart meines Sohnes nichts davon. Es wäre mir peinlich. Und die ganze Angelegenheit muß so diskret wie möglich aus der Welt geschafft werden."

„Ich verstehe, Frau Baronin, junge Herren pflegen mit solchen Sünderinnen nicht sehr scharf ins Gericht zu gehen, und eine gefährliche schöne Person ist dieses Fräulein Reinold entschieden."

Die Baronin richtete sich stolz auf und sah ihre Gesellschafterin etwas abweisend an. „Sie mißverstehen mich, Frau Doktor; meinem Sohne wird dieses Fräulein Reinold sicher nicht gefährlich."

Das Lächeln, welches Frau Doktor Bartels Lippen umspielt hatte, verschwand schnell wieder. „Verzeihung — ich meinte ja auch eigentlich nicht den Herrn Baron. Es fiel mir nur auf, daß der junge Graf Rastenau sich sehr auffällig zum Ritter Fräulein Reinolds aufwarf."

Das war die Rache der Frau Doktor für Graf Detleys feindlichen Blick.

Erschrocken sah die Baronin auf. „Mein Gott — allerdings — Graf Detlev zeigte sich besonders aufmerksam — ja, ja — es ist kein Zweifel, dieses Fräulein Reinold muß hier unschädlich gemacht werden. Kommen Sie, Frau Doktor, lassen Sie uns umkehren. Mir ist die Lust vergangen an einem weiteren Spaziergang."

* * *

Am nächsten Nachmittag fuhren die beiden Damen wirklich nach Brinkenhof.

Hanna und Liane befanden sich im Garten in der Laube und plauderten. Herr von Brinken war auf den Wiesen und Frau von Brinken saß über ihren Wirtschaftsbüchern, als ihr die beiden Damen gemeldet wurden.

Ueberrascht und erfreut kam sie ins Empfangszimmer, wohin man die beiden Damen geführt hatte, und begrüßte die Baronin herzlich. Frau Doktor Bartels mit freundlicher Höflichkeit.

„Wie mich das freut, liebe Baronin, daß Sie uns schon heute aufsuchen. Ich will doch Hanna gleich rufen lassen", sagte sie.

Die Baronin hielt ihre Hand fest. „Nein, liebe Frau von Brinken, rufen Sie, bitte, Ihr Töchterchen noch nicht. Ich möchte Ihnen erst eine Enthüllung machen. Wir kommen in einer etwas peinlichen Angelegenheit, bei deren Erörterung eine junge Dame nicht am Platze ist."

Betroffen sah Frau von Brinken in das ernste Gesicht der Baronin.

„Das klingt ja beinahe unerfreulich, liebste Baronin. Was ist geschehen?"

Die Baronin zog Frau von Brinken neben sich nieder.

„Die Pflicht, unsere langjährige Freundschaft zu betätigen, führt mich diesmal hierher, liebe Frau von Brinken. Als sie gestern fortgefahren waren, machte mir Frau Doktor Bartels eine recht peinliche Eröffnung. Sie haben doch sicher auch bemerkt, daß sich Fräulein Reinold, die Gesellschafterin Fräulein Hannas, in recht auffallender Weise gegen Frau Doktor Bartels benahm."

Frau von Brinken sah etwas unbehaglich zu Frau Doktor Bartels hinüber. Sie glaubte, diese habe sich durch Lianes Ausweichen beleidigt gefühlt und verlange nun eine Entschuldigung der jungen Dame.

„Allerdings ist mir das aufgefallen, Frau Baronin."

„Sie hörten auch, daß Frau Doktor Bartels und Fräulein Reinold von früher miteinander bekannt waren?"

„Gewiß, und mir schien, als habe diese Bekanntschaft keine angenehme Erinnerung hinterlassen", erwiderte Frau von Brinken, ein ganz klein wenig kriegerisch gegen die unangenehme Frau Doktor gestimmt.

Die Baronin nickte. „Sie haben recht bemerkt. Also kurz und bündig — leicht ist mir diese Eröffnung wahrhaftig nicht — aber ich muß Sie vor diesem Fräulein Reinold warnen."

Betroffen sah Frau von Brinken die Baronin an. „Warnen? Vor Fräulein Reinold warnen?"

„Ja, liebste Frau von Brinken."

„Aber warum? Was ist mit ihr? Was hat sie denn getan?"

Die Baronin seufzte, richtete sich aber entschlossen auf.

(Fortsetzung folgt.)

Die Unterernährung der Großstadtkinder.

Mit ernsten Worten wendet sich der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" an die Oeffentlichkeit; er spricht von der ernsten Folge der Unterernährung der Großstadtkinder. Bekanntlich hat bereits in den Vorjahren der Verein als behördlich beauftragte Reichszentrale unter Mitwirkung der Stadt- und Landkreise, sowie einer großen Anzahl gemeinnütziger Verbände und Vereine die Unterbringung von erholungsbedürftigen, unterernährten Kindern aus den Großstädten und Industriebezirken auf das Land durchgeführt. Im Jahre 1917 konnte mehr als einer halben Million, im Jahre 1918 trotz der schwierigsten Verhältnisse dank der Opferwilligkeit der Landbevölkerung etwa 300 000 Kindern die Wohltat eines Landaufenthaltes zuteil werden.

Den amtlichen Feststellungen des Reichsgesundheitsamts sind die Folgen der langjährigen Unterernährung besonders den Kindern geradezu katastrophal. Nicht nur Obdachlose, Skrophulöse, Erholungsbedürftige, sondern auch die Zahl der Sterbefälle ist außerordentlich gewachsen. Bei den Kindern im Alter von 1—15 Jahren ist die Sterblichkeitsziffer um das doppelte gegen früher gestiegen. Hinzu kommen die schweren Schädigungen des kindlichen Nervensystems infolge der Aufregungen der Kriegszeit und der Revolutionsvorgänge. Da eine Milderung der grausamen Hungerblockade nicht eingetreten ist, und in absehbarer Zeit an eine grundlegende Aenderung der Verhältnisse noch nicht zu denken ist, hat das Reichsgesundheitsamt die unbedingte Fortsetzung der Arbeiten des Vereins als dringend erachtet, da gerade ein mehrmonatlicher Landaufenthalt nach den bisherigen Erfahrungen am besten geeignet ist, erholungsbedürftige, unterernährte Kinder widerstandsfähiger zu machen und dadurch einem weiteren Umsichgreifen von Erkrankungen vorzubeugen.

Daraufhin hat jetzt das Ministerium des Innern im Benehmen mit dem Kultusministerium und Landwirtschaftsministerium durch Erlaß vom 18. Januar 1919 wiederum wie in den Vorjahren den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" mit der Durchführung der Vorbereitungsarbeiten betraut und ihm jede nur mögliche Förderung seiner Arbeiten zugesagt. Dem Erlaß sind Richtlinien beigegeben, die nach den Vorschlägen des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder" auf Grund der Erfahrungen des abgelaufenen Jahres festgesetzt sind und bei der Durchführung der Arbeiten, besonders der Verbeköstigung usw. richtunggebend sein sollen. Sie lehnen sich im wesentlichen an die vorjährigen Richtlinien an. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sich, angesichts der ernsten Lage, alle Kreise, die bisher zu dem Gelingen des Unternehmens tatkräftig beigetragen haben, auch in diesem Jahre wieder bereitwillig für die vaterländische Sache einsetzen werden, denn wir müssen alles daran setzen, uns einen gesunden und kräftigen Nachwuchs zu sichern. Auf unserer Jugend ruht unsere Zukunft!

Der Wahnsinn der Streiksucht.

Seit den ersten Tagen der Revolution, die die bisherigen Autoritäten über Nacht hinwegfegte, hat sich der Arbeiterschaft bei uns, wie sich immer deutlicher zeigt, ein Taumel und ein Fieber bemächtigt, die sich in zahllosen, weder wirtschaftlich noch ideell zu begründenden Streiks äußern. Das tollste von allem aber, was man in dieser Hinsicht in der letzten Zeit erleben mußte, stellt doch wohl der Ausstand der Berliner Elektrizitätsarbeiter dar. Auf einen Schlag wurde durch ihn das ganze, wild pulsende Leben der Riesenstadt lahmgelegt. Die großen Industriebetriebe, die Tausende und Abertausende von Arbeitern beschäftigen, Handel und Gewerbe, Behörden, und öffentliches Verkehrswesen standen plötzlich still, und es traten Zustände ein, wie man sie in der Reichshauptstadt bisher nicht nur noch niemals erlebt, sondern auch niemals für möglich gehalten hätte. In den in absolutes Dunkel gehüllten Hauptverkehrsadern zogen zu beiden Seiten auf den Bürgersteigen und dem Fahrdamm die ungezählten Tausende dahin, denen unvorbereitet jede Fahrgelegenheit geraubt worden war, und die nun den oft kilometerlangen Heimweg zu Fuß zurücklegen mußten. Mit dem Einbruch der Dunkelheit des elektrischen Lichtes beraubt, mußte die Arbeit in allen Werkstätten und Fabriken eingestellt werden, und wurden so Arbeiter viele zum Feiern gezwungen, die froh waren, überhaupt noch arbeiten zu können. Die Sache ging so weit, daß die Regierung selbst, die in den ersten Nachmittagsstunden zu einer wichtigen Kabinettssitzung zusammengetreten war, plötzlich auseinandergesprengt wurde, da die Glühbirnen im Sitzungssaale erloschen. Aehnlich war es natürlich auch bei sämtlichen andern Regierungsbehörden, und da der gesamte Verwaltungsapparat des Reiches in seinen wesentlichsten Teilen in Berlin installiert ist, so wurde das ganze Land in schändlicher Weise und wider den Willen seiner ganzen übrigen Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Man kann berichten, daß die Mißstimmung gegen solche Zustände allgemein und groß ist. Besonders auch in den Arbeiterkreisen, die wirtschaftlich und vielleicht auch politisch den Berliner Streikenden fernstehen, herrscht geradezu Empörung über den neuesten Ausbruch des Streikwahnsinns. Der Berliner Streik der Elektrizitätsarbeiter mit seinen grauenhaften Begleiterscheinungen ist ja nun zwar ein Ereignis für sich von ganz und gar besonderer Bedeutung, aber ähnlich insofern, als auch bei ihm besonders deutlich haben die Ausstände in den Bergwerkrevieren des Ostens und des Westens als üble Muster gewirkt, und es haben sich daraufhin die Zustände entwickelt, die wir jetzt erleben. Sie führten geradezu nach einem grundsätzlichen Eingreifen der Regierung. Wir können uns absolut nicht denken, daß die Regierung auch nur noch einen Tag länger mit einem Streikerlaß so ein Ende geht es in der bisherigen Weise auch nur noch eine ganz kurze Zeit weiter, so bricht einfach alles zusammen. Das deutsche Wirtschaftsleben vermag eine so starke einseitige Belastung wie sie durch die allmählich unerschwinglich gewordenen Arbeiterlöhne entstanden ist, auf die Dauer unter keinen Umständen zu tragen und auch für streikende Arbeiter muß es eine Grenze geben, über die sie nicht hinaus können. Sie leben nicht allein im Staate, und der Staat lebt nicht allein von ihnen, und es geht nicht länger an, daß sie mit den brutalsten Mitteln eine Bezahlung anstreben, die in keinem Verhältnis mehr zu dem Stande der übrigen Wirtschaft steht und deren Preis eine geradezu eitrige Seiten völlig unmöglich Ausbeutung der andern Klassen des Volkes bedeutet.

Der Einheitsstaat und seine Hemmungen.

In feierlicher Sitzung haben die Mitglieder der Reichsleitung und Vertreter der einzelnen deutschen Bundesstaaten ihr Bekenntnis zum Reiche abgelegt. Ebenso unerwartet wie erfreulich trat dabei von Seiten der überwiegenden Mehrheit der Redner das Bekenntnis zum Einheitsstaat als dem Ideal der deutschen staatlichen Entwicklung zu Tage. „Laßt uns in Deutschland aufgehen" rief begeistert das Mitglied der Reichsregierung Landsberg den Vertretern der deutschen Stämme zu. Demgegenüber mußte sogar der bayerische Ministerpräsident Eisner auf die Geltendmachung seiner erbittertsten Sonderstaatelei-Ideen verzichten, und das um so mehr, als er sich schon in der Vormittagssitzung eine Abfuhr geholt hatte, die der tragikomischen Schaglichter nicht entbehrte. Bekanntlich war als erster und einziger Punkt der Beratungen die Erörterung des Verfassungsentwurfes Preuß bestimmt worden. Herr Eisner versuchte in kühnem Vorstoß, die Versammlung durch Einbringung eines Notgesetzes gewissermaßen zu sabotieren, das den Entwurf Preuß überflüssig machen sollte. Der Vorstoß kam unerwartet schnell zum Stehen dadurch, daß Ebert ihn als eine Entrechtung der Nationalversammlung von vornherein zurückwies. Herr Eisner hatte zudem erklärt, nicht nur im eigenen, sondern auch im Namen der andern süddeutschen Regierungen sowie Sachsens, zu sprechen. Aber die Vertreter Sachsens wie Württembergs gaben daraufhin prompt die Erklärung ab, in dieser Angelegenheit mit Eisner nicht mitzumachen. Er war also isoliert und damit so gut wie kaltgestellt. Einstimmig wurde daraufhin die Resolution Ebert angenommen, die die Regelung der Zentralgewalt, die Einsetzung einer provisorischen Regierung bis zur Nationalversammlung und vor allem die Mitwirkung der Regierung der Einzelstaaten sowohl bei der Nationalversammlung, als auch bei der Bildung einer Kommission zur Beratung einer Verfassung unter Benützung des Entwurfes Preuß, festgelegt. Damit ist tatsächlich auf dem Wege zum Einheitsstaat ein großer Schritt voran getan. Die Verantwortung für die großen Zukunftsfragen wird auf die Schultern der gesamten Einzelregierungen der deutschen Stämme gelegt und damit eine Art von Reichszentralrat für die Ausarbeitung der Verfassung geschaffen, gegen dessen Wirken etwaige Sonderbestrebungen von vornherein zur Machtlosigkeit verurteilt sind. Das alte Ideal des starken Einheitsstaates, das nie ganz aus dem Herzen dieser Deutscher verschwunden ist, hätte tatsächlich so auch alle zu viele Vorteile für sich: Es würde ein weiterer Horizont für das ganze Reich geschaffen, ungeheure Ersparnisse erzielt werden. Freilich sind die Schwierigkeiten enorm, die ihm heute noch entgegenstehen. Viele Eifersüchteleien, viele künstlich aufgebauschte Gegensätze, die eigentlich in keinem Falle tiefgreifender Natur sind, müssen überwunden werden. Aber Rom ist ja auch nicht in einem Tage erbaut worden. Auch anderswo gibt es Gegensätze und Brücken, die über sie führen. Sehr richtig hat der preußische Handelsminister Fischbeck betont, daß der sogenannte Gegensatz zwischen Nord und Süd auch in Frankreich und Italien, und vielleicht noch stärker als bei uns, vorhanden ist, daß er aber durch die Arbeitsgemeinschaft längst überbrückt wurde. Daß es auch bei uns so kommen möge, wir wollen es hoffen.

Die Rheingrenze.

Gerade zu Beginn der Vorfriedens-Konferenz hat Marschall Foch die Versicherung getan, daß die natürliche Grenze zwischen Frankreich und Deutschland der Rhein sei. Dasselbe Wort haben schon andere Franzosen gebraucht, als der feindliche Oberbefehlshaber, ohne es verwirklichen zu können, und auch dem Marschall wird es nicht gelingen. Er hat auch vielleicht seine Aeußerung gar nicht so bitter ernst gemeint, sondern damit der Konferenz in Paris einen Wink mit dem Zaunpfahl geben wollen. Deutschland nicht zu sanft anzupacken. Deswegen brauchte er allerdings keine Sorge zu haben, die Vorfriedens-Konferenz ist wahrlich nicht von besonderer Nachsicht gegenüber Deutschland beseelt.

Daß Clemenceaus, dieses erklärten Deutschfeindes, Regierung den Rhein als Grenze zwischen Deutschland und Frankreich proklamieren würde, wenn sie das könnte, brauchen wir nicht zu bezweifeln. So denkt auch wohl jener Teil der Franzosen, der mit dem Gedanken an die Revanche abends zu Bette gegangen und morgens wieder aufgestanden ist. Aber denkt wirklich das ganze französische Volk so? Es wird uns versichert, die französischen Sozialdemokraten wünschten nicht einmal die Annexion von Elsaß-Lothringen, geschweige denn die Rheingrenze, und die Mehrheit des übrigen Volkes wolle jedenfalls von der Ausdehnung des französischen Gebietes bis zum Rhein nichts wissen, weil es in einer solchen Eroberung einen Zankapfel erblickt, der zu einem neuen Weltkriege führen würde. Darum sei das Wort von der Rheingrenze nicht ernst zu nehmen. Allein auf diese Versicherung hin werden wir kaum der Sorge um das linke Rheinufer uns entschlagen können, denn es gibt verschiedene Wege, dies Gebiet französisch zu machen, ohne daß es direkt annektiert zu werden braucht. Man könnte von Paris aus eine rheinische Republik errichten, die dem Namen nach völlig selbständig wäre, in Wahrheit aber nichts tun dürfte, was an der Seine mißfiele. Wir haben vom Recht und von der Selbstbestimmung der Völker sehr viel reden hören, aber wir vermissen das Handeln danach und müssen also abwarten, ob die Vorfriedens-Konferenz ein solches Tun bringen wird.

Wichtiger für uns ist, daß Frankreich bei seinen Wünschen nach dem linken Rheinufer nicht nur nach seinem eigenen Gefühl, sondern auch nach der Stimmung und nach den Kräfteverhältnissen in Deutschland rechnen muß. Man weiß in Paris, daß auch der neuen deutschen Republik nicht alles zugemutet werden kann, daß die deutsche Geduld ihre Grenzen hat. Dann kommt aber noch mehr in Betracht. Die Eroberung des linken Rheinufers durch Frankreich bedeute denn doch eine sehr wesentliche französische Machtverstärkung gegenüber England, daß letzteres nicht mit einfachem Mäusestarr sich abfinden würde. Setzt die französische Macht bis an den Rhein vor, dann umklammert sie Belgien und Holland und unterwirft diese beiden Staaten früher oder später ihrem Einfluß. Sie hat dann eine ganz andere Seefront gegen Großbritannien, als bisher, und damit könnte auch die französische Politik in ein ganz anderes Fahrwasser kommen.

Allerdings hat England die starke nordfranzösische Festung Calais in seinem Besitz. Aber das ist es gerade, was den französischen Wunsch nach einer Erweiterung seiner Machtsphäre beeinflußt. Die englische Okkupation von Calais ist ein Dorn im französischen Fleische. Selbstverständlich sagt Lloyd George nicht, daß diese Okkupation eine dauernde sein soll, nicht so bald wird John Bull nicht wieder fortgehen, und an Gründen und Vorwänden für sein Bleiben fehlt es nicht. Calais und linkes Rheinufer sind also zwei Punkte, die in enger Wechselwirkung zu einander stehen und daher auch wohl Engländern und Franzosen Anlaß zu „vertraulichen" Aussprachen geben dürften, in welchem sich der Grad ihrer Freundschaft erproben kann. Auf der Pariser Konferenz soll kein Geheim-Diplomatie getrieben werden. Aber was die Welt vorläufig nicht hören soll, das wird sie doch nicht zu hören bekommen, und wahrscheinlich wird das gerade das interessanteste sein. Wahrscheinlich wird auch Präsident Wilson um Erfahrungen reicher sein, wenn er nach Hause zurückkehrt.

Achtung vor dem Volk in Waffen.

Es ist bekannt, daß in den Ländern unserer Gegner selbst in Frankreich nicht, der Soldat nicht diejenige Achtung gehabt hat, wie in Deutschland. Das zeigt sich schon daraus, daß in allen diesen Staaten die Offiziere außer Dienst in Zivilkleidung gingen, obwohl das von verschiedenen französischen Kriegsministern ausdrücklich verboten worden war. Im Kriege hat der Soldat natürlich überall eine große Rolle gespielt, aber es ist sich wohl klar darüber, daß das nach Friedensschluß nicht mehr lange so bleiben wird, selbst wenn die Abrüstung nicht eine so weitgehende sein wird, als sie dem Präsidenten Wilson vorschwebt. Wir unsererseits wollen, wenn wir auch den Krieg verloren haben, oder vielmehr gerade deshalb nicht vergessen, daß unsere Feldgrauen in den 52 Kriegsmonaten ein Ruhmesblatt an das andere geknüpft haben, und wollen auch künftig wie früher in den Soldaten die Vertreter des Volkes in Waffen erblicken und ihm deshalb diejenige Achtung entgegenbringen, auf die sie Anspruch haben. Denn sonst wird ihnen die Freude an der Waffe verleidet. Und ohnedem kein rechter Waffendienst in Ehre, Treue und Mannszucht.

Das äußere Bild der deutschen Truppen hat sich geändert, die alte Armee ist abgerüstet, für die neue Volkswehr wird zu freiwilligen Werbungen aufgefordert. Dieser Wechsel des äußeren Bildes soll aber nichts in den alten guten Eigenschaften ändern, und die Soldaten selbst werden sich bemühen, ihnen gerecht zu werden. Ihre überaus große Mehrheit hat werden. Ihre überaus große Mehrheit hat bewiesen, daß sie für Freiheit, Ruhe und Ordnung eintritt, und es ist in erfreulicher Weise festgestellt worden, daß auch in denjenigen Fällen, in welchen sich Soldaten unter den Exzedenten befanden, noch ein ganzer Teil Elementen angehört, die kein Recht auf die Uniform besaßen, sondern sich diese angeeignet hatten. Offiziere und Mannschaften haben der republikanischen Regierung wertvolle Dienste geleistet, und es ist aus vielen Garnisonen gemeldet, daß die Soldaten für diejenigen Rechte eintreten, auf welche die Offiziere billigerweise auch heute Anspruch haben.

Die künftige Zahl der Angehörigen des deutschen Volkes in Waffen wird im wesentlichen voraussichtlich von den Bestimmungen des Friedensvertrages abhängen, denn unsere Gegner werden es sich nicht nehmen lassen, uns darüber Vorschriften zu machen. Ein Vorbild geben sie ja dafür in den Vorgängen nach dem Kriege von 1806, wo Napoleon dem Königreich Preußen nur die Haltung von 40 000 Mann Soldaten gestattete. General Scharnhorst, der große Reorganisator der preußischen Armee half sich dadurch, daß er die Mannschaften nach kurzer Dienstzeit wieder entließ und dafür neue einzog. Die sozialistische Regierung ist keine Freundin der allgemeinen Dienstpflicht, sie steht auf dem Standpunkt der Freiwilligen-Rekrutierung. Ob es möglich ist, dabei zu verbleiben, wird eine baldige Zukunft lehren, denn die tatsächlichen Verhältnisse haben sich noch immer stärker erwiesen als die politischen Prinzipien.

Die Republik Frankreich hatte ihre Armee sehr stark gehalten, obwohl sie 1914 fast dreimal Millionen Bewohner weniger hatte, als das Deutsche Reich, England, das seine Hauptstärke in seiner gewaltigen Flotte sah, hatte seine Landarmee ebenfalls verstärkt, ohne aber zur allgemeinen Dienstpflicht überzugehen, die erst während des Krieges kam. Ebenso in den Vereinigten Staaten von Amerika, das 1914 nicht viel mehr als 100 000 Mann stehender Truppen hatte, die sich im Feldzuge auf mehrere Millionen erhöht haben. Aber, wie schon weiter vorgesagt, eine wirkliche Volksarmee waren alle diese Soldatenmengen nicht, dazu war die Verbindung zwischen Heer und Nation, die Schätzung der Uniform als eines Ehrenkleides nicht stark genug.

Treue, Tüchtigkeit, Ehre und Manneszucht können nur in den militärischen Organisationen gedeihen, wenn sie den hohen Diensten entsprechend, die sie leisten sollen, geachtet werden. Freunde haben wir nicht, schlimme Gegner mehr als genug, die sich sehr genau über unsere künftige Stärke unterrichten werden. Es ist ja wohl möglich, daß die Entente noch einmal wieder vom deutschen „Militarismus" zu reden beginnen wird, der weit, weit heute gegen das feindliche Uebermachts-Aufgebot zurücksteht. Das braucht uns nicht zu kümmern. Für uns kommt es nur darauf an, daß wir genügend Waffenschutz da haben, wo wir ihn gebrauchen. Und zu jeder Zeit. Das deutsche Volk in Waffen wird sich zu jeder Stunde bewähren, und für das, was nötig ist, werden die Zeitverhältnisse selbst sorgen.

Dauerhaft. „Diesen Hut habe ich jetzt schon fünf Jahre!" — „Da hat er sich vorzüglich getragen!" — „Ja, er ist mir allerdings einige Male während der Zeit vertauscht worden!"

Beliegt.

Roman von L. Foeler.

(Nachdruck verboten.)

65. Fortsetzung.

Der alte Justizrat schüttelte bei der lebhaften Selbstverteidigung des Bankiers den Kopf.

„Offiziell kann man Ihnen keinen Vorwurf machen, Herr Landecker, aber ehrlich und offen haben Sie nicht gehandelt. Sie haben sich nur von der Sache zurückgezogen, weil sie bedenklich zu werden begann. Aber Sie haben uns den Dienst geleistet, daß Sie jetzt wenigstens das bedeutend größere Vermögen offen zugesehen. Wir können also auf Ihr Zeugnis und auf Ihre Geschäftsbücher hin Fräulein Gleißen der wissentlich falschen Angaben anklagen!"

Es war eine große Erleichterung für den Bankier, der allerdings kein so reines Gewissen hatte, wie er zu haben vorgab, als es in diesem Augenblick heftig an die Tür des Kontors klopfte.

Landecker öffnete nur einen ganz kleinen Spalt; es sollte kein Besucher sehen, daß sich soviel Gerichtspersonen bei ihm befanden.

„Wer ist da?" fragte er hinaus.

„Ein Brief von Fräulein von Wippern!" lautete die Antwort. „Der Herr Justizrat und die übrigen Herren, die gerade hier sind, möchten doch sofort in die „Krone" kommen, das Fräulein hat ganz wichtige Mitteilungen zu machen!"

„Was ist denn da nun wieder los?" brummte der alte Justizrat. „Zu Fräulein von Wippern hätten wir jetzt übrigens so wie so gehen müssen. Es ist doch nunmehr ziemlich festgestellt, daß der Verwalter Gleißen den Nachlaß seines ermordeten Herrn gestohlen hat. Davon aber muß die einzig lebende Verwandte natürlich schleunigst in Kenntnis gesetzt werden. Adieu, Herr Landecker! Diesmal sind Sie noch wieder durchgeschlüpft!"

Der Bankier begleitete die Herren mit vielen Verbeugungen bis auf die Straße und sah sie unsäglich erleichterten Herzens scheiden.

„Fräulein von Wippern hätte mir gar keinen größeren Gefallen tun können, als jetzt die Herren abrufen zu lassen!" sagte er sich selbstzufrieden. „Nun kommen sie doch auf andere Gedanken und nachher wird es vergessen!"

„Muß ich Sie auch zu Fräulein von Wippern begleiten?" fragte Hermann Kutzki draußen auf der Straße den Justizrat.

„Selbstverständlich!" erwiderte der alte Herr. „Sie sind ja bei der Affäre mit dem Koupon die Hauptperson!"

„Aber ich kenne die Dame gar nicht," wandte Hermann ein.

„Sind Sie schüchtern, Kutzki?" neckte Tann.

„Nein, aber nicht ein so durchtriebener Vogel wie Sie!" gab der Gefragte zurück. „Ich habe seit dem Konzert doch einen spartenBegriff von Ihnen bekommen. Wem so das Glück in den Schoß fällt, wie Ihnen, der ist zu beneiden!"

Der junge Mann brach seufzend ab; er dachte an seine zerrütteten Verhältnisse daheim, die ihm immer schwerer auf die Seele fielen.

Heinrich Tann kannte diese Sorgen sehr genau und sein Freund dauerte ihn, wenn derselbe auch durch seinen früheren Leichtsinn manches verschuldet haben mochte.

„Lassen Sie nur!" sagte er tröstend. „Es kann sich noch vielleicht jemand finden, der Ihnen heraushilft!"

„Wenn ich noch einmal auf Hohenstein flott gemacht würde, so sollte alles anders werden!" sagte Kutzki leise, und es war ihm ernst um diesen Vorsatz.

Harriet von Wippern empfing die Herren sehr freundlich. Kutzki wurde ihr vorgestellt. Aeußerlich kannte sie ihn längst und war etwas verwundert über sein Erscheinen bei ihr. Da Justizrat Wächter ihn aber mitbrachte, mußte dieser alte, würdige Herr, den Harriet sehr verehrte, es doch für nötig halten.

Im Zimmer befanden sich noch zwei Personen, Förster Dormann und ein anständig aussehender, jüngerer Mann in Arbeiterkracht.

Harriet deutete auf diese beiden.

„Diese Herren sind zu mir gekommen und haben mir ganz seltsame Mitteilungen gemacht," erklärte sie den Neueingetretenen.

„Auch wir haben Ihnen viel zu berichten, verehrtes Fräulein," erwiderte der Justizrat. „Der Dieb, der Ihres armen Verwandten Vermögen stahl, ist nunmehr zweifellos festgestellt. Erzählen Sie der Dame, was Sie in Berlin erlebten, Herr Kutzki!"

Der also Aufgeforderte tat, wie es der alte Herr ihm geheißen hatte, und Harriet, die damit über die Notwendigkeit seiner Gegenwart Aufschluß erhielt, hörte aufmerksam zu. Einmal begegneten ihre Blicke denen des jungen Rechtsanwalts, und jeder von ihnen dachte gleichzeitig daran, daß sie beide schon einen Verdacht hatten aussprechen hören, — die Plauderei, die Sara Landecker in der Schule verbrochen hatte und die für ihre junge Lehrerin nachher so inhaltsschwer geworden war. Aber sie schwiegen beide in Rücksicht auf Fräulein Vater.

„Sie haben Unannehmlichkeiten mit erdulden müssen, Herr Kutzki," antwortete Harriet überaus freundlich, als der junge Mann seinen Bericht beendet hatte, „das bedaure ich ungemein, aber ich danke Ihnen, daß auch Sie mich in meinem guten Recht unterstützt haben." Sie reichte ihm die Hand und sah lächelnd in sein hübsches Gesicht. „Ich hatte neulich die Freude, auch Ihre Frau Mutter kennen zu lernen, eine höchst liebenswürdige Dame. Ich werde mich freuen, die Bekanntschaft fortsetzen zu dürfen. Nun aber, meine Herren," fuhr sie, ernst werdend, fort, „Sie sprechen zu mir von der Entdeckung des Diebes, — ich habe den Mörder in Erfahrung gebracht! Wollen Sie zuerst sprechen, Herr Dormann?"

Der Förster berichtete noch einmal von dem Diebe, der seinem tadellos zuverlässigen Knecht die Stiefel gestohlen habe, welche hernach im Chausseegraben bei Wippmannsdorf gefunden worden waren und die unzweifelhaft in die Fußspuren in den nassen Gartensteigen paßten.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Norweger über die Schuldfrage.

Im „Morgenbladt" (Christiania) behandelt der bekannte norwegische Völkerrechtslehrer Professor Gjelsvik die Schuldfrage, die bereits Wilson auf der Wählerversammlung in Cincinnati 1916 dahin beantwortet habe, daß der Krieg überhaupt nicht die Schuld eines einzelnen sei, sondern die Folge der ganzen Weltpolitik des letzten Menschenalters.

Diese Politik, führt der Verfasser dann aus, sei jedenfalls eingeleitet worden durch die englische Besetzung Aegyptens und habe über den Burenkrieg und die Kap-Kairo-Politik zu dem Marokko-Abkommen, zum englisch-japanischen Vertrag und zu dem englisch-russischen Abkommen von 1907 geführt. So sei der Grund für die imperialistische Politik der in diesen Verträgen genannten Großmächte gelegt worden; alle Kriege, die daraus entsprungen, seien imperialistische Kriege mit Eroberungszielen gewesen. Dagegen habe Deutschland keine großen Kriege mit Eroberung und Kriege während des letzten Jahrhunderts nur als nationale Einigungskriege geführt.

Die Heiligkeit der Verträge, deren Verletzung gegenüber Belgien man Deutschland besonders vorwerfe, habe zwei Seiten. Gäbe es doch auch eine Suezakte, die die Engländer und Franzosen nicht vergessen werden können; also sei die Achtung von Verträgen keine besondere britische Tugend, ebensowenig wie die Nichtachtung der Verträge eine spezifisch deutsche sei. Die erste Bedingung für einen Völkerbund müsse deshalb sein, daß man einen Strich unter die Vergangenheit setze und neue Wege einschlage, denn dieser Krieg müsse anders enden als die früheren. Sonst könne man die Hoffnung auf einen Dauerfrieden aufgeben, da dann der Völkerbund nur eine Wiederholung der Heiligen Allianz und eine Völkerunterdrückung werden würde. Schlagworte, wie das vom letzten Penny seien freilich ebenso wie die Aufrechterhaltung der Hungerblockade Deutschlands ein wenig verheißungsvoller Anfang für einen Völkerbund. Nichts Gutes verspreche es ferner, daß die Entente die Auslieferung und Bestrafung des Kaisers verlange. Dies zeige, daß die Massen auch jetzt noch von denselben Masseninstinkten beherrscht werden wie vor 2000 Jahren, wo in Rom zum Triumphzug eines siegreichen Feldheeres ebenfalls der besiegte König gehörte, damit ihn die Volksmenge verspotten und anspeien konnte, aber die Sieger sollten den Bogen nicht zu straff spannen; auch für sie gäbe es ein Memento mori.

Der geträumte Eisenbahnunfall.

Ein höchst eigenartiger Eisenbahnunfall, das Herausspringen eines Reisenden aus dem fahrenden Zuge infolge eines geträumten Zugunglücks, gab kürzlich die Grundlage zu einer sehr interessanten Entscheidung des Reichsgerichts über die gesetzliche Haftpflicht der Eisenbahn. Im Oktober 1915 fuhr der Bergmann J. von Kowno (Rußland) aus nach seiner Heimat Gladbeck in Westfalen zurück. Der Zug, in dem er sich befand, hatte in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober einen Achsenbruch, wobei die Puffer zweier Wagen übereinander geschoben und die Reisenden stark durcheinander geschüttelt worden waren. In der folgenden Nacht, zum 20. Oktober, ist nun J. aus dem fahrenden D-Zug, nachdem er die Fensterscheibe eingeschlagen und den Fensterrand erklettert hatte, hinausgesprungen und tot auf der Strecke aufgefunden worden. Seine Witwe und seine 5 minderjährigen Kinder klagten gegen den Preußischen Eisenbahnfiskus auf Schadenersatz gemäß dem Reichshaftpflichtgesetz. Während das Landgericht Hannover die Klage abwies, hat das Oberlandesgericht Celle umgekehrt entschieden und den Fiskus zum Schadenersatz verurteilt. Es hält für erwiesen, daß der Getötete infolge eines Traumes vorübergehend unter der Wahnvorstellung stand, ein Eisenbahnunfall sei eingetreten oder stehe unmittelbar bevor und bringe die im Zuge Bleibenden in höchste Lebensgefahr, aus welcher er sich nur durch einen Sprung aus dem Fenster retten könne. Die hohe Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß die Einbildung des Getöteten durch den Betriebsunfall in der vorhergegangenen Nacht ausgelöst worden sei. Höchstwahrscheinlich habe sich im Gehirn des Verunglückten unter der Nachwirkung dieses Unfalls und infolge ihrer eine besonders lebhafte und nachhaltige Traumvorstellung der hier fraglichen Art gebildet. Ursächlich könnten auch die sonstigen Ereignisse der Fahrt gewesen sein, namentlich der lange Aufenthalt des Verunglückten in dem fahrenden Wagen, die Geräusche des Betriebes und die Bewegungen des Zuges. Jedenfalls habe sich die Einbildung, daß ein Betriebsunfall eingetreten sei oder drohe, und daß allein ein schneller Sprung durch das Fenster Rettung bringen könne, überhaupt nur bilden können aus den zu irgend einer Zeit erfolgten Eindrücken des Eisenbahnbetriebes auf den Verunglückten. Die Wahnvorstellung sei dann notwendig eine Folge des Eisenbahnbetriebes gewesen und schließe die Annahme höherer Gewalt (in welchem Falle die Bahn nicht haftbar sein würde) aus, weil das schadenbringende Ereignis durch den Betrieb selbst entstanden sei.

Das Reichsgericht hielt diese Ausführungen des Oberlandesgerichts für rechtlich einwandfrei und hat deshalb die Verurteilung des Fiskus zum Schadenersatz bestätigt. (Aktenzeichen: VI. 149/18. — 4. 11. 18.)

Redaktions-Briefkasten.

B. 16, Kamen. In dem Einkommensteuergesetze heißt es nur, daß die Aufwendungen für Kleider und Wäsche, die über den persönlichen Bedarf hinausgehen, also für Berufskleidung, abgezogen werden können. Ein bestimmter Betrag ist also nicht vorgeschrieben, und Sie müssen daher selbst überschlagen, wieviel das bei Ihnen ausmacht.

180, Bergkamen. Der vor dem Kriege Feldwebel gewesene und bei Beginn des Feldzuges einberufene Mann konnte natürlich auch Offizierstellvertreter werden. Das ist auch in tausenden von Fällen geschehen.

Nr. 100, Kurl. Wenden Sie sich in einen Markscheider. Wir nennen Ihnen folgende Adressen: Felix Decker, Dortmund, Kärtische Straße 92; Wilh. Bischoff, Dortmund, Beurhausstr. 78.

Statt Karten!

Luise Kronemeyer
geb. Karrelmeyer
Rudolf v. der Heide

— Verlobte. —

425

Dortmund, Kamen,
Januar 1919.

Einige Quadratmeter
glasierte Steine
für Wandbekleidung zu kaufen gesucht.
Angebote u. Nr. 431 mit Preis an d. Gesch.

Ein feiner schwarzer
Gehrockanzug mittl. Figur
mit Weste zu verkaufen.
Bahnhofstraße 47.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 3 Uhr unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Josefine Fischer

nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlichen, frommen Lebenswandel und gestärkt durch die heiligen Sterbesakramente, im Alter von 34 Jahren, zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Bergkamen, Brauweiler, München, Münster, Schwerte, Dortmund und Heeren, den 30. Januar 1919.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Febr. 1919, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Roonstr. 15, aus statt. 427

Donnerstag morgen 4 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Onkel

Herr Wilhelm Raupach

im Alter von 71 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:

Anna Raupach nebst Kindern und Enkeln.

Kamen, den 30. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause, Roonstraße 6, aus statt. 424

Lebensmittel-Verteilung im Amte Pelkum.

Im Amte Pelkum sind für die Zeit vom 27. Januar bis 2. Februar 1919 zur Verteilung verfügbar: **3750 Kg. Graupen und 1650 Kg. Suppen.**

Auf den Kopf der Bevölkerung kommen auf Bezugsabschnitt Nr. 6 der Lebensmittelkarte zur Verteilung:

140 Gr. Graupen zum Preise von 0,44 Mk. für das Pfund,

50 Gr. Suppen zum Preise von 0,94 Mk. für das Pfund,

und etwa 25—35 Gr. gesalzene Fettheringe zum Preise von 1,10 Mk. für das Pfd. bezw. ½ Vollhering zum Preise von 0,35 Mark für das Stück.

Die Geschäfte, in denen Lebensmittel verkauft werden, und die Zeit des Verkaufes werden in den Gemeinden bekannt gegeben. — Außerdem kommen zur Verteilung auf Butterkarte, Bezugsabschnitt Nr. 5 60 Gr. Margarine. — Bis Samstag, den 1. Februar 1919, sind in den Geschäften die Bezugsabschnitte Nr. 7 der Lebensmittelkarte und Nr. 6 der Butterkarte abzugeben. Die Geschäfte haben diese gesammelten Abschnitte und die Quittungsabschnitte Nr. 6 der Lebensmittelkarte und Nr. 5 der Butterkarte bis Montag, den 3. Februar 1919, vormittags 10 Uhr, spätestens auf dem Amte abzugeben.

Pelkum, den 27. Januar 1919.

Der Amtmann: Grube.

Kraftfahrer

für Opel-Lastauto zu baldigem Eintritt gesucht. 404

Hermann Klein & Söhne, Kamen.

Guter Reisekorb, schwarzer Wintermantel, Boilekleid, Herren-Winterjoppe zu verkaufen.
Näh. in der Geschst.

Eine gut erhalt.
Theke und Tafelwage
zu kaufen gesucht.
Angeb. unt **Nr. 430** mit Preisangabe an die Geschäftsstelle.

Verloren.

Am Sonntag, den 15. Dez., habe ich meine Damenuhr in Lederarmband, auf dem Wege der Gottesbergerstr. Nr. 3 u. 4. verloren. Da es ein Andenken von meiner Schwester ist, so bitte ich den ehrlichen Finder, dieselbe gegen Belohnung wieder abzug.

Gertrud Ginstel,
413 Gottesbergstr. 3.

Stellen-Gesuche
Miet-Gesuche
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

General-Versammlung
des
Engl. Arbeiter- und Bürgervereins Oberaden
findet am **Sonntag, den 2. Febr., nachmittags 4 Uhr,** im Vereinslokal beim Wirt Hüsemann statt.

Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes.
2. Rechnungslage.
3. Zahlung der Beiträge.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

N. B.: Sollte die Versammlung nicht beschlußfähig sein, so findet um 5 Uhr eine 2. Versammlung statt, die laut § 37 beschlußfähig ist. 426

Artillerie-Verein Kamen.

Sonntag, den 2. Februar, nachm. 5 Uhr, findet im Vereinlokal

General-Versammlung

statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Die aus dem Felde heimgekehrten Artilleristen, welche dem Verein noch nicht angehören und ihm beizutreten wünschen, sind ebenfalls zu der Versammlung herzlich eingeladen.

Um zahlreichen Besuch bittet 433

Der Vorstand.

Kavallerie-Verein Kamen.



Sonntag, den 2. Febr. nachm. 5 Uhr.

General-Versammlung

im Lokale des Kameraden Weißenfeld Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Kameraden. 419

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Vereinigung ehem. Angeh. XVI. A.-K. Kamen u. Umgegend.

Sonntag, d. 2. Febr., nachm. 5 Uhr,

General-Versammlung

im Vereinslokale Wirt Menne, Weststraße.

Vorstandssitzung ½ Stunde vorher.

Der Vorstand.

Kaninchen-Zucht-Verein Kamen und Umgeb.

Sonntag, den 2. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr:

Versammlung.

Um zahlreichen Besuch bittet 414

Der Vorstand.

Auf nach Ostenfeldmark!

Sonntag, den 2. Februar:



Großer Ball

403 beim Wirt

Wilh. Jackenkroll, Hammerstr.

Anfang 5 Uhr.

Zu Ehren der heimgekehrten Krieger

veranstaltet am **Sonntag, :: den 2. Februar, die ::**

Freiwillige Feuerwehr Weddinghofen

im Lokale des Wirts Klute einen großen



Ball

Beginn 6 Uhr. **Beginn 6 Uhr.**

Hierzu ladet freundlichst ein

Die Freiwillige Feuerwehr Weddinghofen.



Geflügelzuchtverein Overberge, Lerche, Rottum, Derne.

Einladung zur Generalversammlung

am **Sonntag, den 2. Februar 1919, nachm. 4 Uhr,** im Vereinslokal Schulte-Wiebenbrauck.

Tagesordnung:
1. Rechnungslage.
2. Neuwahl des Vorstandes
3. Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder
4. Besprechung über Einrichtung eines Mustergeflügelhofes
5. Verschiedenes. 428

Der Vorstand.

Umgegend Kamen

Laden mit Wohnung

in guter Lage zum 1. April 1919 zu vermiten.

Schriftliche Angebote erbeten unter **M. J. 406** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Ein junger Hund

zu verkaufen. 435

Kamen, Schillstraße 135.



Eine gute **Ziege**

zu kaufen gesucht. 421

Wilh. Helmich, Bergkamen, Waldstr. 108



Besitzung

fast neu, mit zirka **20 Morgen Ackerland** zu verkaufen. 413

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Kriegsanleihe

zu kaufen gesucht. 391

Angeb. mit Preis unt. **B.** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung erbeten.

Bekanntmachung.

Wegen Verlegung des Meldeamts Hamm (Bezirkskommando Soest) von Königstraße 13 nach Louisenstraße 10 sind die Geschäftszimmer am **Freitag, den 31. Januar 1919, geschlossen.**

Vom 1. Februar 1919 ab sind die Geschäftszimmer im Hause Louisenstraße 10 (Berliner Hof), 1. Etage, Eingang durch den Hof, wieder geöffnet, und zwar nur Wochentags von 8½—12 Uhr vormittags. Nachmittags sind die Geschäftszimmer für das Publikum geschlossen. 411

Hamm, 28. Januar 1919.

Meldeamt Hamm
(Bezirkskommando Soest).